

A1 Ökologisch, sozial, weltoffen, nachhaltig! Für eine Koalition der Generationengerechtigkeit

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 05.06.2019

Tagesordnungspunkt: 2. Beschlussfassung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Die Bremer Grünen haben am 26. Mai bei den Wahlen zum Europäischen Parlament,
3 zum Landtag, zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und zu den Ortsbeiräten
4 ein gutes Ergebnis erzielt und hinzugewonnen. Das war möglich, weil wir unseren
5 eigenständigen Wahlkampf für die zentralen Themen Klimaschutz, Verkehrswende,
6 Qualitätsoffensive in der Bildung, Vielfalt und Zusammenhalt der Gesellschaft
7 und finanzielle Nachhaltigkeit vom Anfang bis zum Ende gemeinsam geführt haben.
8 Und weil wir die Themen der Bremer Wahl mit den Inhalten der Europawahl
9 verbunden haben. Und weil so viele Grüne den Wahlkampf so engagiert mit Herz und
10 Verstand geführt haben.

11 Die Landesmitgliederversammlung bedankt sich dafür bei allen aktiven
12 Mitgliedern, bei den Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle, der Grünen
13 Jugend, allen Kandidierenden und bei unseren Spitzenkandidatinnen Henrike
14 Müller, Sülmez Dogan und Maike Schaefer. Dieser Wahlkampf hat Spaß gemacht!

15 Wir haben vor allem bei der Landtagswahl unser Wahlziel erreicht: Die Tür ist
16 geöffnet für eine grüne Regierungsbeteiligung in der vierten Legislaturperiode
17 in Folge. Allerdings: Rot-Grün hat keine Mehrheit mehr, die CDU ist zum ersten
18 Mal stärkste politische Kraft im Land geworden. Nachdem die SPD eine Koalition
19 mit der CDU ausgeschlossen hat, kommen politisch nur noch Koalitionen mit den
20 Grünen in Frage. Das ist eine vollkommen neue Situation, in der wir eine
21 Schlüsselrolle und damit große Verantwortung haben.

22 Wir haben daher, wie vor der Wahl angekündigt, Sondierungsgespräche mit der SPD
23 und den Linken, aber auch mit CDU und FDP geführt. In diesen Gesprächen haben
24 wir ausgelotet, welche Gemeinsamkeiten wir in unseren zentralen politischen
25 Zielen und Vorhaben mit den anderen Parteien haben, und wo es Differenzen und
26 Hindernisse gibt. Das waren insgesamt sehr gute Gespräche, in denen wir bei
27 allen Beteiligten, in unterschiedlicher Weise, Signale für
28 Veränderungsbereitschaft wahrgenommen haben, gerade in den zentralen Fragen des
29 Klimaschutzes. Wir danken allen Gesprächspartnern für den offenen und fairen
30 Austausch; das war ein gutes Beispiel für demokratischen Umgang, auch ein klares
31 Signal gegen Populismus und Extremismus.

32 In Abwägung der Wahlergebnisse, der politischen Ausgangssituation, der
33 politischen Strömungen im Land Bremen und der Ergebnisse der Sondierungen kommen
34 wir zu dem Ergebnis, dass eine Mitte-Links-Koalition aus Grünen, SPD und Linken
35 die besten Möglichkeiten bietet, mit einer stabilen Mehrheit mutige, neue
36 Schritte in der Politik des Landes Bremen zu gehen.

37 Wir nehmen zudem auch unsere Verantwortung wahr, die unüberhörbaren und
38 berechtigten Wünsche nach Veränderung aufzunehmen und damit auch Brücken in alle
39 Teile der Gesellschaft zu bauen. „Politische Lager“ waren gestern und sollten es
40 auch bleiben; die Grünen sind eine Partei der Bündnisse in die Gesellschaft. In
41 diesem Sinne werden wir in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD und den
42 Linken auch Impulse, Ideen und Erwartungen aus allen Teilen der
43 Zivilgesellschaft aufnehmen.

44 Unsere Verhandlungsgrundlage ist das Wahlprogramm. Wir wollen ein Land, das fit
45 für die Zukunft ist. Wir werden einen Schwerpunkt legen auf sichtbare Ergebnisse
46 vor allem in Sachen Klimaschutz (Energie, Verkehrs- und Ernährungswende);
47 Qualitätsoffensive in der Bildung; Stärkung von Vielfalt und Zusammenhalt der
48 Gesellschaft; Verbesserung der staatlichen Dienstleistungen für die
49 Bürger*innen. Wir setzen dabei unsere nachhaltige Finanzpolitik fort, wir gehen
50 nicht wieder in die Spirale der Verschuldung. Das ist unsere Antwort für die
51 Zukunft, die gegenwärtig insbesondere die jungen Menschen von uns einfordern.

52 Zur Umsetzung beschließt die Landesmitgliederversammlung:

- 53 1. Die Landesmitgliederversammlung beauftragt den Landesvorstand, mit der SPD
54 und den Linken Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung aufzunehmen.
- 55 2. Für die Vorbereitung und Durchführung der Koalitionsverhandlungen Umsetzung
56 wählt die Landesmitgliederversammlung eine Verhandlungskommission. (Zur
57 Zusammensetzung siehe gesonderter Antrag)
- 58 3. Zur Unterstützung und zur Verbesserung unserer Beratungen bildet die
59 Verhandlungskommission Untergruppen, zu denen die Abgeordneten, die
60 Sprecher*innen der LAGen, Vertreter*innen der Grünen Jugend, Beiräte, aus
61 Bremerhaven und ggf. Expert*innen hinzugezogen werden.
- 62 4. Die Verhandlungskommission unterrichtet regelmäßig die Partei in geeigneter
63 Form über Zwischenergebnisse der Verhandlungen.
- 64 5. Die Verhandlungskommission stellt den Entwurf einer Koalitionsvereinbarung
65 der Partei vor. Die Mitglieder entscheiden über die Annahme der Vereinbarung auf
66 einer Landesmitgliederversammlung.